

Die Städte erhoffen sich bald Klarheit

Urteil über Finanzen am 2. November

Weimar. (dapd) Der Thüringer Verfassungsgerichtshof will am 2. November sein Urteil zum kommunalen Finanzausgleich fällen. Das teilten die Richter am Ende des ersten Verhandlungstages mit. „Ich erwarte Klarheit und hoffe, dass das Gericht unserer Argumentation folgen wird“, sagte der innenpolitische Sprecher der klagenden FDP-Fraktion, Dirk Bergner. Mit ihrer Klage will die FDP mehr Rechtssicherheit durchsetzen.

Die Landesregierung war mit ihrem Vorhaben gescheitert, dass Verfahren aus formalen Gründen abzuweisen. Der parlamentarische Geschäftsführer und innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dirk Bergner, zeigte sich nach der dreistündigen mündlichen Verhandlung erfreut über die „sehr sorgfältige Aufnahme der Argumente“ durch das Gericht.

„Die Landesregierung verhöhnt die Kommunen weiter mit Blick auf die Bedarfsermittlung“, kritisierte Bergner. „Wenn der Bedarf danach ausgerichtet wird, wieviel Geld ausgegeben wurde, weil nicht mehr da war, wird der vorhandene Investitionsstau in keiner Weise berücksichtigt.“ Die Argumentation erinnere ihn an die Geschichte vom Bauer der versucht, seiner Ziege das Fressen abzugewöhnen. Kurz bevor er es geschafft habe, sei die Ziege tot gewesen. „Wir müssen verhindern, dass den Kommunen die Luft abgedreht wird“, so Bergner.

Nach Auffassung des Landes könnte das ausstehende Urteil mehr Sicherheit für die Kommunen und das Land bringen, sagte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU). Die in der Verhandlung zur Debatte stehenden Zahlungen des Jahres 2010 seien aber ausreichend gewesen, sagte Voß. „Der strukturelle Nachholbedarf der Thüringer Gemeinden geht langsam zu Ende.“

Dagegen sagte der für die FDP-Fraktion klagende Rechtsanwalt Matthias Dombert, die bisherige Orientierung an den Ausgaben der Kommunen reiche nicht aus. Die Kommunen hätten seit Jahren ihre freiwilligen Aufgaben zurückfahren müssen. Das Gericht müsse prüfen, ob die Finanzausstattung der Kommunen im Jahr 2010 angemessen und ausreichend gewesen sei.

■ Transparenz eingefordert

Durch die Einführung einer sogenannten Verbundquote anstelle von absoluten Zahlen könne es mehr Transparenz und Spielraum für die Städte und Gemeinden geben, sagte Dombert weiter. Die Verbundquote misst den aktuellen Anteil der Kommunen an den Landesfinanzen in Prozent.

Die Bevollmächtigte der Landesregierung, Anna Leisner-Egensperger, sagte, die Vorstöße der FDP würden zu einem Machtverlust des Landes führen. Das Land könne dann gegenüber den Kommunen „keine politischen Entscheidungen mehr fällen“ und verliere seine Staatsqualität, sagte Leisner-Egensperger.

Finanzminister Voß kündigte an, den kommunalen Finanzausgleich wissenschaftlich überprüfen zu lassen. Bereits vor zwei Wochen habe er zwei Gutachten in Auftrag gegeben, sagte er am Rande der Verhandlung. „Es stellt sich die Frage, wie sich kommunale Bedarfe möglichst objektiv erfassen lassen“, sagte Voß.

Über den Finanzausgleich wird die Verteilung von Landesmitteln an die Kommunen geregelt. Alle übrigen im Landtag vertretenen Parteien hatten die FDP für ihre Klage zuvor kritisiert.

„Ampelchen“ hilft beim Schulweg

Verkehrswacht hat 350 Kinder eingeladen

Arnstadt/Erfurt. „Gerade zum Schulbeginn gilt: Fuß vom Gas! Denn die Erstklässler können die Verkehrssituation oft noch nicht richtig einschätzen. Sie müssen erst ein Gefahrenbewusstsein entwickeln“, erklärt Verkehrsminister Christian Carius im Vorfeld der Schulanfangsaktion der Landesverkehrswacht, die er heute in Arnstadt eröffnet wird.

Die Landesverkehrswacht besteht aus 27 Kreis- und Ortsverkehrswachten mit knapp 1000 ehrenamtlichen Mitgliedern. Jährlich eröffnet ein Lan-

desaktionstag zum Schulanfang die Arbeit der Verkehrswachten zur Sicherheit auf den Schulwegen. 16 Grundschulklassen mit über 350 Kindern aus Arnstadt und Umgebung wollen der Einladung folgen.

Auf sie wartet das „Ampelchen“, um das sichere Überqueren der Straße zu üben. Die Kinder können sich bei Mitmachaktionen einbringen, wie einem Bewegungs- und einem Rollparcours. Beim Wissensquiz können sie testen, wie viel sie schon über das richtige Verhalten im Straßenverkehr wissen.

Todesottern und Rüsselrobben

Seit heute gilt das neue Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Monate lang haben die Landtagsfraktionen über das Kampfthundegesetz gestritten. Im Juni ist es dann endlich vom Landtag verabschiedet worden. In Kraft tritt es jedoch erst mit dem heutigen Tag. Und in Wahrheit hat das Paragrafenwerk auch einen umfangreicheren Namen. Weshalb bei Weitem nicht nur vermeintlich gefährliche Hund von den Neuerungen betroffen sein werden.

Natürlich geht es beim „Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren“ in erster Linie um des Menschen besten Freund. Der muss sich jetzt, ob Chihuahua oder Pitbull, einen Chip mit Halterdaten unter Fell implantieren lassen, damit dieser im Falle einer Beißattacke, aber auch des Entlaufens

oder Aussetzens zuverlässig festgestellt werden kann. Zudem müssen alle Besitzer von Hunden allgemein künftig eine Haftpflichtversicherung abschließen mit einer Mindestversicherungssumme in Höhe von 500 000 Euro für Personenschäden und in Höhe von 250 000 Euro für sonstige Schäden. Und das gilt übrigens auch für die Halter gefährlicher Tiere allgemein?

Aber welche Tiere gelten jetzt eigentlich als gefährlich?

Weil die entsprechende Verordnung noch auf sich warten lässt, hat das Haus von Innenminister Jörg Geibert (CDU), das zurzeit noch in einer vorläufigen Liste geregelt. Neben der Familie Canidae (Hunde) sind darauf diverse Schlangenarten aufgelistet, denen man doch eher ungern außerhalb von Terrarien



Eindrucksvolle Ausstellung: Der frühere polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki war sehr angetan von der Aufarbeitung der Geschichte des polnischen Novemberaufstands 1830. Die Ausstellung ist derzeit in Sparkasse Weimar zu sehen. Foto: Peter Michaelis

Junge Leute sollen den Staffelstab weitertragen

Verein Weimarer Dreieck fühlt sich Ideen seines Ehrenmitglieds Genscher verpflichtet

■ Von Hartmut Kaczmarek

Weimar. „Jetzt geht’s richtig los.“ Die Euphorie ist Dieter Hackmann regelrecht anzumerken, sie sprüht aus jedem Wort des Vorsitzenden des Vereins Weimarer Dreieck, in dem auch die TLZ mitarbeitet. Das Weimarer Dreieck war noch nie so populär wie in diesen Tagen, die Bekenntnisse zum „Weimarer Geist“ der Zusammenarbeit zwischen Polen, Frankreich und Deutschland auch politisch noch nie so wertvoll wie in diesen Tagen, wo Europaskepsis eine weit verbreitete Geisteshaltung ist.

Hans-Dietrich Genscher, das Urgestein der deutschen Außenpolitik und national wie international bekannter Politiker, dessen Stimme noch immer erhebliches Gewicht hat, nutzte die Bühne des 20-jährigen Jubiläums des Weimarer Dreiecks in den vergangenen Tagen wiederholt, um mehr und nicht weniger Europa einzufordern. Genau wie sein französischer Kollege Roland Dumas und der frühere polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki verlangten sie mehr Mut beim Bekenntnis zu Europa und nahmen vor allem die jungen Menschen in die Pflicht, den Staffelstab der Gründerväter des Weimarer Dreiecks weiterzutragen (die TLZ berichtete).

Diesen Ideen Genschers fühlt sich auch der von Hackmann geleitete Verein zutiefst verpflichtet. Und dass der Ex-Außenminister seine Anliegen bei Hackmann und seinen Mitstreitern gut aufgehoben sieht,



Freut sich über das Ehrenmitglied Hans-Dietrich Genscher (li.): Vereinsvorsitzender Dieter Hackmann. Foto: Peter Michaelis

wird allein schon an der Tatsache deutlich, dass er seit vergangener Montag Ehrenmitglied in dem Verein ist, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Idee des Weimarer Dreiecks in der Zivilgesellschaft zu verankern. Genscher möchte, dass das Weimarer Dreieck zu den Menschen kommt. „Und genau in seinem Sinne machen wir weiter.“

Der Schwung der Jubiläumstage soll den Verein auch in den nächsten Monaten begleiten. Der Verein versteht sich als eine Anlaufstelle für alle diejenigen, die sich für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen engagieren wollen – auf welchem Gebiet auch immer. Es sollen je nach Bedarf einzelne Abteilungen gebildet werden, sagte Hackmann der TLZ. So gibt es beispielsweise

schon eine Gruppierung, die sich mit der Literatur der drei Länder auseinandersetzen will, gemeinsam mit der Europäischen Jugend- und Begegnungsstätte (EJBW) will man auch die Verankerung der jungen Menschen weiter vorantreiben. „Wir sind offen für alles“, so Hackmann.

Für ihn haben die vergangenen Tage gezeigt, wie präsent das Weimarer Dreieck in der Bevölkerung geworden ist. Auf diesem Weg will man fortschreiten, zumal es in den vergangenen Jahren nicht immer der Fall war, dass viele Menschen mit dem Begriff „Weimarer Dreieck“ etwas anfangen konnten. Hackmann schreibt auch seinem Verein einen guten Anteil an dieser Entwicklung zu. Vor einem Jahr gegründet, hat der Verein seine

Mitgliederzahl verdoppelt. Und der Rathaussaal platzte bei der Einführungsfeier am vergangenen Wochenende aus allen Nähten.

Zufrieden ist er auch über die Resonanz, die die Ausstellung „Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830 bis 1832“ gefunden hat, die derzeit in der Sparkasse in Weimar zu sehen ist. Der Verein hat die schenswerte Ausstellung in die Klassikerstadt geholt. Sie wurde vom Museum Europäischer Kulturen – Staatliche Museen zu Berlin erarbeitet. Ihr Thema ist der Aufstand junger polnischer Offiziersanwärter gegen die Zarenherrschaft vom November 1830 und besonders die Sympathiewelle, die dieser Freiheitskampf in ganz Europa und vor allem in Deutschland auslöste. Es gründeten sich in jener Zeit sogar Vereine in Deutschland, um die Polen, die aus ihrem Heimatland fliehen mussten und die ihre Freiheitsidee auch aus Frankreich hatten, aufzunehmen. Hackmann sieht hierin schon ein „Weimarer Dreieck vor 180 Jahren“.

Heute europen wird Hackmann beim europäischen Jugendparlament reden, das derzeit in der EJBW in Weimar tagt. Und auch hier wird er seinen Appell wiederholen, dass sich die jungen Menschen mit Ideen, Herz und Engagement in die Arbeit des Weimarer Dreiecks, in die Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen einbringen sollen. Das wäre dann im Sinne Genschers gelebtes Europa.

NOTIZEN

CDU zeigt Mut zum „C“

Leinefelde. Unter dem Motto „Papst Benedikt XVI. in Deutschland: Mut zum 'C' – christliche Werte in der modernen Gesellschaft“, findet am Freitag, 2. September, 19 Uhr eine gemeinsame Veranstaltung der CDU-Landesverbände aus Niedersachsen, Hessen und Thüringen auf Burg Scharfenstein (Leinefelde-Worbis) statt. Gesprächspartner von Moderator Paul-Andreas Freyer sind der katholische Bischof Joachim Wanke, die CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Religionsgemeinschaften und VizeLandesvorsitzende der CDU-Niedersachsen, Maria Flachsbarth, sowie der Generalsekretär der CDU Hessen, Peter Beuth.

Transparentes Petitionsrecht

Erfurt. Die Grundintention der Linken, das Petitionsrecht durch Herstellung von Öffentlichkeit und die Einführung kommunaler Petitionen zu stärken, treffe auf breite Zustimmung, so die Abgeordnete Sabine Berninger am Rande der gestrigen Anhörung des Petitionsausschusses zur Linke-Novelle des Petitionsgesetzes. „Neben der Einsetzung öffentlicher Petitionen und eines kommunalen Petitionsrechtes sind die grundsätzliche Öffentlichkeit der Petitionsausschusssitzungen und die Aussetzung des Verwaltungsvollzuges Forderungen, an denen die Fraktion nach wie vor festhält“, betonte Berninger.

Mittel falsch eingesetzt

Erfurt/Berlin. „Schönfärberei“ wirft der SPD-Bundestagabgeordnete Carsten Schneider Thüringens CDU-Finanzminister Wolfgang Voß vor. Seine Vorgängerin, Marion Walsmann, habe die Gelder aus dem Solidarpakt II, die Thüringen 2010 vom Bund erhalten habe, „einfach zweckentfremdet“, sagt der Haushaltsexperte anlässlich des jetzt vorgestellten Fortschrittsberichtes „Aufbau Ost“. Die Bereiche, in denen die Mittel investiert werden sollten, seien klar definiert. Auch weil dieses Geld vom Bund unweigerlich weniger werde und bis 2020 endgültig auslaufe, müsse es zielgerichtet eingesetzt werden. Wolfgang Voß hatte eingeräumt, die Verwendungsquote habe 2010 bei lediglich 86,5 Prozent gelegen (TLZ berichtete).



Gefährlich: Auch der Komodowaran, in Indonesien beheimatet, steht in Thüringen jetzt auf der Liste gefährlicher Tiere. Neuanschaffungen sind nur noch in Ausnahmefällen erlaubt. Foto: Peter Michaelis